

TOP:**6****Beschlussvorlage**
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen

Datum

Drucksache-Nr.:01-13-2018

Federführendes Amt :Bauamt

06.03.2018

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Bau- und Wirtschaftsausschuss	20.03.2018					
Stadtverordnetenversammlung	22.03.2018					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der Beteiligung der Behörden- und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 62 "Orion - Nauener Straße Nord"

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 zum Bebauungsplan Nr. 62 "Orion - Nauener Straße Nord" vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Besch.vorlage.....	Abweichender Beschl.(Rückseite).....	

eingbracht durch :Bürgermeister
 Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....
 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen hat am 29.06.2017 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 62 "Orion - Nauener Straße Nord" beschlossen. Gemäß Beschluss vom 07.12.2017 erfolgt die Aufstellung des Bebauungsplans aufgrund neuer Erkenntnisse zur baulichen Vornutzung der Flächen im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB. Auf die frühzeitige Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurde verzichtet.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte durch öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 62 "Orion - Nauener Straße Nord" mit Stand vom November 2017 in der Zeit vom 26.01.2018 bis einschließlich 26.02.2018 im Rathaus der Stadt Kremmen. Es wurden von Seiten der Öffentlichkeit keine Äußerungen zur Planung abgegeben.

Die Beteiligung der Behörden- und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Nachbargemeinden zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 62 "Orion - Nauener Straße Nord" mit Stand vom November 2017 erfolgte mit Schreiben vom 15.12.2017.

Gemäß § 2 Abs. 7 BauGB sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Die Ergebnisse der Auswertung der im Rahmen der Beteiligungen eingegangenen Stellungnahmen werden im Bebauungsplan in der Satzungsfassung mit Stand vom März 2018 gemäß der Anlage berücksichtigt.

Anlage

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Abwägungsvorlage)

.....

.....

Anlage

Bebauungsplan Nr. 62 „Orion – Nauener Straße Nord“, OT Kremmen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 62 erfolgt im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wurde abgesehen.

Die förmliche Beteiligung erfolgte durch Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, gemäß § 4 Abs. 2 BauGB. Im Zuge der förmlichen Behördenbeteiligung erfolgte die Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 BauGB.

Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden

16 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 15.12.2017 zur Stellungnahme zu den geplanten Ausweisungen des Bebauungsplanes Nr. 62 „Orion – Nauener Straße Nord“ aufgefordert, mit Beteiligungsfrist bis zum 22.01.2018.

Folgende Träger bzw. Nachbargemeinden äußerten sich nicht:

- Nr. 8.2 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, Dezernat Baudenkmalpflege
- Nr. 31 Stadt Oranienburg
- Nr. 33 Amt Lindow
- Nr. 34 Gemeinde Oberkrämer
- Nr. 35 Gemeinde Löwenberger Land

Folgende Träger sind gemäß ihrer Stellungnahme in ihren Belangen von der Planung nicht berührt:

- Nr. 20 Wasser- und Bodenverband „Rhin-Havelluch“
- Nr. 30 Fontanestadt Neuruppin
- Nr. 32 Stadt Nauen
- Nr. 36 Gemeinde Fehrbellin

Folgende Träger gaben Hinweise oder Anregungen zur Planung wie folgt:

- Nr. 1 Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL)
- Nr. 2 Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel (RPG)
- Nr. 3 Landkreis Oberhavel
- Nr. 4 Landesamt für Umwelt (LfU)
- Nr. 5 Landesamt für Bauen und Verkehr
- Nr. 7 Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF)
- Nr. 8.1 Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege, Dezernat Bodendenkmalpflege (BLDAM)
- Nr. 9 Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg - Kampfmittelbeseitigungsdienst
- Nr. 11 Landesbetrieb Forst – untere Forstbehörde
- Nr. 14 Deutsche Telekom Technik GmbH
- Nr. 15 E.dis AG
- Nr. 16 NBB Netzgesellschaft
- Nr. 18 OWA GmbH
- Nr. 19 Zweckverband Kremmen

Die Zählung bezieht sich auf die im Bauamt der Stadt Kremmen geführte und fortlaufend aktualisierte Gesamtliste der für das Stadtgebiet relevanten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und wird mit der im konkreten Beteiligungsverfahren getroffenen Auswahl nicht verändert.

Die Texte geben die Originalstellungnahmen wieder, wurden aber zur besseren Lesbarkeit und Erfassbarkeit zum Teil neu geordnet und gekürzt. Die Originalstellungnahmen können in der Bauverwaltung eingesehen werden)

Abwägungsvorschläge zu den vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplans Nr. 62 „Orion – Nauener Straße Nord“ im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
1.	Gemeinsame Landesplanungsabteilung 09.01.2018	<p>Die relevanten Ziele der Raumordnung für die Beurteilung der Planungsabsicht haben wir der Stadt Kremen in unserer Zielmitteilung vom 25.07.2017 mitgeteilt.</p> <p>Während zum Zeitpunkt der Zielfrage die geplanten Wohnsiedlungsflächen im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB i.V.m. § 13b BauGB entwickelt werden sollten, soll das Verfahren nun nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchgeführt werden.</p> <p>Soweit die Flächen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nach § 13a BauGB entwicklungsfähig sind, kann die Anpassung der Planung an die Ziele der Raumordnung festgestellt werden.</p> <p>Dann gehören die Flächen zu den Nachverdichtungspotenzialen, die der Gemeinde im Rahmen der Innenentwicklung im Sinne von Ziel 4.5 Abs. 1 LEP B-B zur Verfügung stehen, ohne dass die zusätzliche Entwicklungsoption nach Ziel 4.5 Abs. 2 LEP B-B in Anspruch genommen werden muss.</p> <p>Die in der Begründung zum Bebauungsplan aufgeführten Grundsätze der Raumordnung sind angemessen zu berücksichtigen. Die Auseinandersetzung mit ihnen sollte in der Begründung dokumentiert werden.</p> <p>Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) befindet sich z. Zt. im Aufstellungsverfahren. Der 2. Entwurf zum LEP HR wurde am 19.12.2017 von den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg gebilligt, die öffentliche Auslegung wird voraussichtlich im Februar 2018 beginnen. Der Entwurf des LEP HR kommt bei der Beurteilung der Planungsabsicht jedoch noch nicht zur Anwendung, da für die hier relevanten Regelungsbereiche der rechtswirksame LEP B-B bis zum Inkrafttreten des LEP HR verbindlich bleibt.</p> <p>Derzeit wird der Regionalplan "Freiraum und Windenergie" der Region Prignitz-Oberhavel neu aufgestellt. Die Regionalversammlung hat am 26.04.2017 den 2. Entwurf des Regionalplans gebilligt.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausführungen in Kap. 3.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		Die Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen .
2.	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel 16.01.2018	<p>Die Belange der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel basieren auf den folgenden Erfordernissen der Raumordnung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Windenergienutzung" (ReP-Wind) vom 5. März 2003 (ABl. S. 843) - Satzung über den Regionalplan Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Rohstoffsicherung/Windenergienutzung" (ReP-Rohstoffe) vom 24. November 2010 (ABl. 2012 S. 1659) - 2. Entwurf des Regionalplans Prignitz-Oberhavel, Sachlicher Teilplan "Freiraum und Windenergie" (ReP FW) vom 26. April 2017 <p>Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 62 "Orion – Nauener Straße Nord" der Stadt Kremmen (Stand: November 2017) ist mit den Belangen der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel vereinbar.</p> <p>Begründung: Der Bebauungsplan hat die städtebauliche Entwicklung einer ca. 1,6 ha großen Fläche im Norden der Ortslage Orion als Wohnbaufläche bzw. private Grünfläche zum Inhalt. Es sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von ca. 15 Wohneinheiten als zweigeschossige Einzel- und Doppelhäuser geschaffen werden.</p> <p>Der Regionalplan trifft für den in Rede stehenden räumlichen und sachlichen Geltungsbereich keine Festlegungen. Insofern stehen der Planung keine Erfordernisse der Regionalplanung entgegen.</p> <p>Redaktioneller Hinweis: Der Geltungsbereich in Abbildung 1 entspricht nicht dem Geltungsbereich des Festlegungskarte. Abbildung 1 sollte angepasst werden</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausführungen in Kap. 3.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Abgrenzung des Geltungsbereichs einschließlich der rückwärtigen Gartenzone wird in Abbildung 1 der Begründung aktualisiert.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
	Oberhavel 17.01.2018	<p>ener Straße Nord" mit Stand November 2017 werden von Seiten des Landkreises Oberhavel nachfolgende Anmerkungen gemacht. Es wird gebeten, diese in den Abwägungsprozess einzubeziehen.</p> <p>Die formellen und materiellen Regelungsinhalte sowie Erfordernisse, die aus weiteren Rechtsvorschriften entstehen, bleiben von dieser Stellungnahme unberührt.</p> <p>Die Stellungnahme entbindet nicht von notwendigen Abstimmungen oder Genehmigungen.</p>	<p>kreises zur Entwurfsfassung werden zur Kenntnis genommen und wie folgt in die Abwägung einbezogen:</p>
3.1	Bereich Planung	<p>Bei den zu beanspruchenden Flächen handelt es sich überwiegend um landwirtschaftlich genutzte Flächen im Außenbereich. Der planungsrechtliche Innenbereich endet vorliegend mit der Bebauung südlich der Nauener Straße.</p> <p>Mit dem Tatbestandsmerkmal der Innenentwicklung beschränkt § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB seinen räumlichen Anwendungsbereich. Überplant werden dürfen nur Flächen, die von einem Siedlungsbereich mit Gewicht eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils umschlossen werden. Die äußeren Grenzen des Siedlungsbereiches dürfen durch den Bebauungsplan nicht in den Außenbereich erweitert werden (BVerwG, U. v. 04.11.2015-4 CN 9.14-BVerwGE 153, 174).</p> <p>Dem Bebauungsplan der Innenentwicklung ist insofern die Inanspruchnahme von Außenbereichsgrundstücken versagt (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 04.Juli 2017-2 NE 17.989, Rn 21).</p> <p>Der Sachverhalt ist im Zusammenhang mit dem vorliegend zur Anwendung gebrachten Planungsinstrument zwingend zu prüfen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt wurde im Zusammenhang mit der vorliegenden Planung noch einmal überprüft:</p> <p>Gemäß den Leitsätzen des in Rede stehenden Urteils dürfen in einen Bebauungsplan der Innenentwicklung (§ 13a BauGB) keine Außenbereichsflächen einbezogen werden, die jenseits der äußeren Grenzen des Siedlungsbereiches liegen.</p> <p>Wie in der Begründung dargelegt, handelt es sich bei den in Rede stehenden Flächen primär um Konversionsflächen und damit um städtebauliche Brachflächen im Siedlungszusammenhang des Gemeindeteils Orion.</p> <p>Die Flächen befinden sich gemäß Einstufung des Landkreises planungsrechtlich im Außenbereich, dennoch sind sie aus Sicht der Stadt Kremmen als Bestandteil des Siedlungsbereichs Orion zu betrachten, der sich nördlich des Plangebietes mit gewerblich genutzten Flächen fortsetzt.</p> <p>Die Entwicklung von Konversionsflächen, die dem Siedlungszusammenhang zuzuordnen sind, fällt unter den Begriff der Innenentwicklung.</p> <p>Somit handelt es sich bei der vorliegenden Planung um die Wiedernutzbarmachung von brachgefallenen Flächen und die Nachverdichtung des Siedlungsbereichs Orion im Sinne des § 13a BauGB. Die Planung dient der Fortentwicklung und dem Umbau des vorhandenen Ortsteils im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 4 BauGB.</p> <p>Die Voraussetzungen zur Aufstellung eines Bebauungsplanes der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB sind somit nach Einschätzung der Stadt Kremmen als Plange-</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
			<p>ber gegeben.</p> <p>Die Begründung wird in Kap. 1.3 noch einmal untersetzt.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung</p>
		<p>Im Begründungstext, Kap. 4.2, wird argumentiert, dass im FNP als vorbereitenden Bauleitplan bei Darstellung "gemischter Bauflächen" dann auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung daraus auch Teilflächen im konkreten Einzelfall mit Schwerpunktsetzung Wohnnutzung entwickelt werden können.</p> <p>Der rechtskräftige Teil-Flächennutzungsplan der Stadt Kremen stellt jedoch für die zu beanspruchende Fläche die besondere Art der Nutzung gem. § 1 Abs. 2 Nr. 6 Baunutzungsverordnung (BauNVO), Mischgebiet, dar.</p> <p>Die Argumentation greift insofern für den betreffenden Standort nicht. Hier sind entsprechende Aussagen zum Erfordernis der Anpassung des FNP zu ergänzen.</p> <p>Kap. 5.1.1 "Art der Nutzung" ist diesbezüglich ebenfalls zu überarbeiten.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>Die Ausführungen in der Begründung werden dahingehend korrigiert, dass der Flächennutzungsplan für den Geltungsbereich des Bebauungsplans ein Mischgebiet darstellt. Die Argumentation zum nicht bestehenden Erfordernis der Anpassung des FNP ist von der Korrektur nicht berührt:</p> <p>Die Darstellung des Mischgebietes im FNP erfolgt großflächig für die Flächen nördlich und westlich der Nauener Straße. Das Nutzungsspektrum eines Mischgebietes umfasst das Wohnen sowie Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören.</p> <p>Im Sinne einer Gliederung des im Flächennutzungsplan als vorbereitenden Bauleitplan in einem Umfang von rund 12,25 ha großflächig dargestellten Mischgebietes können im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung auf Teilflächen in einem Umfang von rund 0,85 ha im konkreten Einzelfall auch Wohnnutzungen als Schwerpunktnutzung festgesetzt werden. Somit ist keine Anpassung des Flächennutzungsplans erforderlich. Eine Beeinträchtigung der geordneten städtebaulichen Entwicklung des Gemeindegebietes ist nicht erkennbar.</p> <p>Auch mit Neuaufstellung des FNP sollen die Siedlungsflächen entsprechend des Gebietscharakters nach derzeitigem Stand als gemischte Bauflächen bzw. Mischgebiete dargestellt werden.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung</p>
		<p>Laut Begründungstext sollen die öffentlichen Straßenverkehrsflächen "Nauener Straße" und "Zur Waage" in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes einbezogen werden. Plangraphisch sind jedoch nur Teilflächen der "Nauener Straße" (Flurstück 184) einbezogen worden. Die Straßenverkehrsfläche "Zur Waage" (Flurstück 75) beginnt laut Luftbildauswertung ca. 60 m nördlich des Plangebietes. Die Angaben sind zu prüfen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Sachverhalt wurde noch einmal überprüft. Die Straßenbenennung richtet sich danach nicht nach der bestehenden Flurgrenze zwischen den Flurstücken 184 und 75. Die Ausführungen in der Begründung sind somit korrekt.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		In Kap. 5.4.1 werden die Baugebiete WA1 und WA2 angeführt. Plangraphisch und textlich erfolgte eine solche Festsetzung nicht. Die Angabe ist zu korrigieren.	Der Hinweis wird berücksichtigt . Die Begründung wird korrigiert. Redaktionelle Änderung der Begründung.
		Im Hinblick auf etwaige Beeinträchtigungen durch Lärm von angrenzenden Straßenverkehrsflächen wird in Kap. 5.6 angeführt, dass die "Orientierungswerte für Mischgebiete eingehalten werden". Vorliegend soll ein allgemeines Wohngebiet entwickelt werden. Der Ansatz trägt also nicht. Die Angaben sind grundsätzlich zu überarbeiten und der Planintention anzupassen.	Dem Hinweis wird nicht gefolgt . Die Angaben zur Einhaltung der Orientierungswerte für Mischgebiete dient der zusätzlichen Information zur Entscheidung über die Notwendigkeit zur Festsetzung von Lärmschutzmaßnahmen. In den vorhergehenden Ausführungen wird dargelegt, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 für Wohngebiete überschritten werden. Weiterhin wird ausgeführt, dass unter Berücksichtigung des ländlich geprägten Gebietscharakters sowie der gängigen Rechtsprechung zu gesunden Wohnverhältnissen, keine Notwendigkeit zur Festsetzung von Lärmschutzmaßnahmen im Bebauungsplan gesehen wird. Gemäß Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt im Rahmen der Behördenbeteiligung bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine grundsätzlichen Bedenken. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass ein weiteres Heranrücken an das Gewerbegebiet aus Sicht des Immissionsschutzes nicht mehr verträglich ist.
		Laut Begründungstext (Kap. 6.3) ist eine Verlegung der im Geltungsbereich vorhandenen Trafostation nicht Gegenstand des Bebauungsplanes. Plangraphisch erfolgte dem widersprechend eine Standortzuweisung durch Darstellung als "Gebäude" (Legende zur Planunterlage) innerhalb der öffentlichen Straßenverkehrsfläche. Trafostationen können regelmäßig keiner verkehrlichen Nutzung zugeordnet werden. Sie stellen auf Grund ihrer Funktion selbständige Versorgungsanlagen dar. Die erfolgte Bestandsdarstellung innerhalb einer öffentlichen Straßenverkehrsfläche ist insofern grundsätzlich zu prüfen.	Dem Hinweis wird nicht gefolgt . Der Standort der Trafostation befindet sich auf dem Straßenflurstück. Das Straßenflurstück wird im Bebauungsplan als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Die Erforderlichkeit zur Festsetzung einer eigenständigen Versorgungsfläche ist nicht erkennbar. Von Seiten der E.DIS Netz GmbH wurden im Rahmen der Trägerbeteiligung diesbezüglich auch keine entsprechenden Forderungen vorgebracht. Von Seiten der Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg wird zudem im Rahmen der Trägerbeteiligung regelmäßig die Forderung erhoben, die Versorgung durch Nutzung der öffentlichen Erschließungsflächen herzustellen. Diese Forderung wird mit dem Bebauungsplan erfüllt.
3.2	Untere Naturschutzbehörde	Für Bebauungspläne nach § 13a BauGB gelten naturschutzrechtliche Eingriffe gemäß § 13a Abs. 2, Nr. 4 BauGB als zulässig. Die Konzipierung von Kompensations-	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen .

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>maßnahmen nach den Vorgaben des § 2 Abs. 4 und § 2a i. V. m. Anlage 1 BauGB ist somit nicht erforderlich. Die Vorgaben des besonderen Artenschutzes nach § 44 BNatSchG und des gesetzlichen Biotopschutzes nach § 30 BNatSchG sind allerdings zu beachten.</p> <p><u>Artenschutz:</u> Im Geltungsbereich kommen Gehölze vor, welche gemäß § 44 Abs. 1 dauerhaft geschützte Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders geschützter Arten (Vögel, Fledermäuse) wie z. B. Baumhöhlen enthalten können.</p> <p>Es ist daher bereits auf Planungsebene eine Untersuchung der Gehölzbestände auf das Vorhandensein derartiger Strukturen durchzuführen.</p> <p>Sofern erforderlich, sind angemessene Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.</p> <p><u>Biotopschutz:</u> Gesetzlich geschützte Biotope sind, wie in Kap 2.5 angeführt, im Untersuchungsbereich nicht vorhanden.</p> <p><u>Baumschutzsatzung:</u> Die Baumschutzsatzung der Stadt Kremmen gilt erst nach Rechtskraft des Bebauungsplanes.</p>	<p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>Im Planverfahren erfolgt eine Untersuchung der Gehölzbestände auf das Vorhandensein von dauerhaft geschützten Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders geschützter Tierarten (Vögel, Fledermäuse) durch einen anerkannten Artenschutzsachverständigen.</p> <p>Sofern erforderlich, sind angemessene Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen.</p> <p>Die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz zum besonderen Artenschutz gelten unabhängig vom Bebauungsplan und sind zu zwingend beachten.</p> <p>Sachstandsdarstellung.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen in Kap. 6.4 der Begründung werden entsprechend ergänzt.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
3.3	Untere Wasserbehörde	<p>Das Baugebiet befindet sich in keiner Trinkwasserschutzzone.</p> <p>Die wasserrechtlichen Bestimmungen des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) und des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) sind einzuhalten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
3.4	Bereich Landwirtschaft	<p>Das Plangebiet wird in Teilen landwirtschaftlich genutzt. Aufgrund der Lage und Größe der Flächen ergeben sich zur vorliegenden Planung keine Einwände.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen in Kap. 2.2 der Begründung werden entsprechend ergänzt.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
3.5	Untere Bodenschutzbehörde	<p>Die Fläche stellt einen Teilbereich eines ehemaligen Rüstungsproduktionsstandortes dar. Aufgrund der Nutzung wird der Standort als altlastenverdächtige Fläche im Altlastenverzeichnis eingetragen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>tenkataster des Landkreises Oberhavel geführt. Das den Antragsunterlagen beigelegte Bodengutachten (Fa. Trion vom 12.12.2017) konnte den Altlastenverdacht für die Pfade Boden-Mensch und Boden-Nutzpflanze in dem Teilbereich entkräften. Daher bestehen keine bodenschutzrechtlichen Bedenken.</p> <p>Sollten bei Bodenarbeiten dennoch ungewöhnliche Verfärbungen oder Gerüche auftreten, ist die weitere Vorgehensweise umgehend mit der unteren Bodenschutzbehörde abzustimmen.</p>	<p>2.6 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
		<p>Abfallrechtlich bestehen gegen das Vorhaben Bedenken, da im Gutachten darauf hingewiesen wird, dass auf dem Standort flächendeckend Kompost abgelagert wurde. Dieser ist zu beseitigen und die Entsorgungsnachweise zur Prüfung vorzulegen.</p>	<p>Der Hinweis betrifft die derzeitige Nutzung des Grundstücks und wurde an den Grundstückseigentümer weitergeleitet.</p> <p>Für den Bebauungsplan besteht kein Regelungsbedarf.</p>
3.6	Belange des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers	<p>Der Landkreis Oberhavel entsorgt die in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle im Rahmen der Gesetze und nach Maßgabe der Abfallentsorgungssatzung.</p> <p>Der Bebauungsplan trifft keine Festsetzung bezüglich der Einteilung der Verkehrsflächen, da von einer ausreichenden Verkehrserschließung über die Nauener Straße und die Neuruppiner Straße ausgegangen wird. Somit ist die Abfallentsorgung im Falle einer Wohnbebauung über diese Straßen gesichert.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
3.7	Bereich Bildung und Gebäudeverwaltung	<p>Eigentum des Landkreises Oberhavel wird von der vorliegenden Planung nicht berührt.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
3.8	Untere Straßenverkehrsbehörde	<p>Gegen das Vorhaben bestehen straßenverkehrsbehördlich keine Bedenken.</p> <p>Für den ruhenden Verkehr ist eine angemessene Anzahl von Stellplätzen zu berücksichtigen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.3 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
3.9	Bereich Bevölkerungsschutz und Ordnungswidrigkeiten	<p>Der zu beanspruchende Bereich liegt im gemeinschaftlichen Jagdbezirk Kremmen. Sollte das Vorhaben Auswirkungen auf bejagbare Flächen haben oder in Folge zum Wegfall bejagbarer Flächen führen, sind die betroffenen Jagdgenossenschaften und Inhaber der Eigenjagdbezirke zu beteiligen.</p> <p>Fischereirechtliche Belange sind durch das</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Jagdgenossenschaft Kremmen, in deren Jagdbezirk das Plangebiet liegt, wurde im Planverfahren beteiligt.</p> <p>Gemäß Stellungnahme der Jagdgenossenschaft Kremmen bestehen zur Planung keine</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		Vorhaben nicht berührt.	Einwände. Die betroffenen Flächen wurden aufgrund ihrer Lage unmittelbar zwischen Wohn- und Gewerbegebiet in der Vergangenheit nicht bejagt. Eine Eigenjagd besteht auf den betroffenen Flächen nicht. Für die Zukunft ist keine Nutzung der Flächen durch die Jagdgenossenschaft Kremmen vorgesehen.
3.1 0	Bereich vorbeugender Brandschutz	<p>Die Löschwasserversorgung ist entsprechend des Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes vom 24.05.2004 unter Beachtung des Regelwerkes "Wasserversorgung" Rohmetz / Löschwasser, Arbeitsblatt 405 zu gewährleisten.</p> <p>Für die Gewährleistung einer schnellen und intensiven Brandbekämpfung sind mindestens 48 m³ pro Stunde Löschwasser für die Dauer von mindestens zwei Stunden bereitzustellen.</p> <p>Die Löschwasserentnahmestellen sollen untereinander nicht mehr als 150 m entfernt sein. Die Entfernung der Löschwasserentnahmestellen zum Objekt sollte 300 m nicht überschreiten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Hinweise werden in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Gemäß Stellungnahme der OWA GmbH im Rahmen der Trägerbeteiligung ist die Löschwasserversorgung bis zu einer Höhe von 48 m³ / h für einen Zeitraum von zwei Stunden über Unterflurhydranten des öffentlichen Netzes gewährleistet.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
4.	Landesamt für Umwelt Brandenburg 18.01.2018	<p>Die Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft.</p> <p>Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Anregungen und Hinweise der Fachbereiche Immissionsschutz und Wasserwirtschaft übergeben.</p>	<p>Die Hinweise und Anregungen der Fachbereiche des Landesamtes für Umwelt werden zur Kenntnis genommen und wie folgt in die Abwägung einbezogen:</p>
	Immissionschutz	<p>Zum Entwurf bestehen aus Sicht des Immissionsschutzes keine grundsätzlichen Bedenken. Der Abstand zu den nördlich und westlich angrenzenden Gewerbebetrieben ist (noch) ausreichend.</p> <p>Allerdings stellt die Planung eine Entwicklung „in die falsche Richtung“ dar. Ein weiteres Heranrücken an das Gewerbegebiet ist aus unserer Sicht nicht mehr verträglich.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 5.6 und 6.1 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>
		Die Planvorhaben der Gemeinden - insbesondere Darstellungen/Festsetzungen -	Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange deren Aufgabenbereich ge-

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>sind oft von immissionsschutzrechtlichem Belang und daher bei der Erfüllung der Aufgaben des Landesumweltamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz als Genehmigungs-, Vollzugs- und Überwachungsbehörde sowie als beteiligte Behörde gemäß § 4 BauGB für das Plangebiet selbst und für dessen Umgebung von Bedeutung.</p> <p>Wir bitten daher, ein Exemplar des rechtskräftigen Bebauungsplanes mit der Begründung an das LfU zu schicken.</p>	<p>mäß ihrer Stellungnahme durch die Planung berührt wird, werden nach Abschluss des Planverfahrens über das Abwägungsergebnis informiert.</p> <p>Ergebnis:</p> <p>Das LfU erhält nach Abschluss des Planverfahrens die in Kraft getretene Satzung in digitaler Fassung.</p>
	Wasserwirtschaft	Keine Betroffenheit durch die Planung.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen .
5.	Landesamt für Bauen und Verkehr - LBV 17.01.2018	Gegen die vorliegende Planung eines Wohngebietes an der Nauener Straße im Gemeindeteil Orion der Stadt Kremmen bestehen im Hinblick auf die zum Zuständigkeitsbereich des Landesamtes für Bauen und Verkehr gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt, übriger ÖPNV und Luftfahrt keine Bedenken.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen .
		Eine Beurteilung des Entwurfs hinsichtlich der Betroffenheit straßenbaulicher und straßenplanerischer Belange der angrenzenden Landesstraße 170 liegt in der Zuständigkeit des Straßenbaulastträgers, Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen . Der Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg würde an der Planung beteiligt.
		Für die Verkehrsbereiche Straßen, übriger ÖPNV, Schienenpersonennahverkehr, ziviler Luftverkehr (Flugplätze), Landeswasserstraßen und Häfen liegen mir Informationen zu Planungen, die das Vorhaben betreffen können, nicht vor.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen .
		Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungen unberührt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen .
6.	Landesbetrieb Straßenwesen - LS 22.01.2018	Das Vorhaben befindet sich innerhalb des Siedlungsgebietes Orion und wird über die kommunale Nauener Straße mit Anbindung an die gleichnamige Nauener Straße (L170) verkehrlich erschlossen. Für die Landesstraße 170 ist der Landesbetrieb Straßenwesen Dienststätte Eberswalde der Baulastträger.	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Hinweise werden in Kap. 2.3 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Änderung der Begründung.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>Im Geltungsbereich des ausgewiesenen Planungsgebietes liegen keine flächenrelevanten Planungsabsichten vor.</p> <p>Aus straßenrechtlicher und straßenplanerischer Sicht bestehen seitens des LS DEW keine Einwände und wird zugestimmt.</p>	
7.	<p>Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) 05.01.2018</p>	<p>Keine Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.</p> <p>Keine beabsichtigten eigenen Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können.</p> <p>Keine Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
8.	<p>Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Dez. Bodendenkmalpflege 18.12.2017</p>	<p>Im Bereich der genannten Planung sind bisher keine Bodendenkmale bekannt.</p> <p>Als brandenburgische Fachbehörde für Bodendenkmale weisen wir jedoch darauf hin, dass nach dem „Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale und Bodendenkmale im Land Brandenburg vom 24. Mai 2004“ (GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff.) folgende Verpflichtungen bestehen:</p> <p>1. Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, z.B. Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Stein- oder Metallgegenstände, Knochen o.ä., entdeckt werden, sind diese unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Die aufgefundenen Bodendenkmale und die Entdeckungsorte sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige, auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</p> <p>2. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein Hinweis auf die bodendenkmalpflegerischen Belange sowie auf die Bestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes wird in Kap. 2.7 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p>
9.	<p>Kampfmittelbeseiti-</p>	<p>Zur Beplanung des Gebietes bestehen kei-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genom-</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
	gungsdienst 18.01.2018	<p>ne grundsätzlichen Einwände.</p> <p>Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Munitionsfreigabebescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.</p> <p>Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.</p>	<p>men.</p> <p>Für das Plangebiet liegt bereits eine konkretere Stellungnahme des Kampfmittelbeseitigungsdienstes vor, die in Kap. 2.6 der Begründung eingearbeitet wurde.</p>
11.	Landesbetrieb Forst – untere Forst- behörde 16.01.2018	<p>Die auf der Fläche stockenden Gehölzgruppen sind kein Wald. Aus forstfachlicher Sicht bestehen keine Einwände gegen den Bebauungsplan.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.2 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p>
14.	Deutsche Telekom Technik GmbH 12.01.2018	<p>Im Rand des Planungsbereiches befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom.</p> <p>Der beigefügte Bestandsplan der Telekom entspricht nur dem derzeitigen Stand. Änderungen oder Errichtungen von TK-Linien sind bis zum Beginn der Arbeiten möglich. Es wird daher gebeten, diese Pläne nicht zur Bauausführung zu verwenden.</p> <p>Vor Tiefbauarbeiten über oder in unmittelbarer Nähe unserer TK-Linien ist es erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher durch die</p> <p>Deutsche Telekom Technik GmbH PTI 31 – Planauskunft Postfach 4202 49032 Osnabrück</p> <p>oder per E-Mail: „Planauskunft.Nordost@telekom.de“</p> <p>in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen und die Bauausführenden immer die „Anweisung zum Schutze unterirdischer Anlagen der Telekom Deutschland GmbH bei Arbeiten Anderer (Kabelschutzanweisung)“ – siehe Anlage – beachten, um Schäden am Eigentum der Telekom Deutschland GmbH zu vermeiden.</p> <p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordination mit den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deut-</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Belange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		<p>schen Telekom Technik GmbH unter der im Briefkopf genannten Adresse so früh wie möglich, mindestens 6 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Zur leichteren Versorgung der evtl. neu zu errichtenden Gebäude auf den einzelnen Grundstücken ist es sinnvoll, für alle Medienträger ein Leerrohr zwischen Hausanschluss und straßenseitiger Grundstücksgrenze bei der Erschließung vorzusehen.</p> <p>Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen zu den übersandten Unterlagen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunftbrandenburg@telekom.de“.</p> <p>Anlage: Lageplan mit Leitungsbestand</p>	
15.	E.dis AG 18.12.2017	<p>Hiermit erhalten Sie unsere grundsätzliche Zustimmung zum Bebauungsplan.</p> <p>Da keine direkten Belange der E.DIS edis durch die Planentwürfe betroffen sind, bestehen keine Einwendungen.</p> <p>Im Plangebiet befinden sich Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens.</p> <p>Als Anlage übersenden wir Ihnen Planunterlagen mit unserem Anlagenbestand. Diese Unterlage dient nur als Information und nicht als Grundlage zum Durchführen von Bauarbeiten.</p> <p>Wir bitten unseren Anlagenbestand bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Für die Erschließung der neuentstehenden Bebauung ist, in Abhängigkeit von der benötigten elektrischen Leistung, eventuell der Ausbau unseres Versorgungsnetzes erforderlich.</p> <p>Anlage: Lageplan mit Leitungsbestand</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p>
16.	NBB Netzgesellschaft 21.12.2017	<p>Eine Versorgung des Planungsgebietes ist grundsätzlich durch Nutzung der öffentlichen Erschließungsflächen unter Beachtung der DIN 1998 herzustellen.</p> <p>Darüber hinaus notwendige Flächen für Versorgungsleitungen und Anlagen sind gemäß § 9 Abs. 1 BauGB im Bebauungsplan festzusetzen.</p> <p>Anlage: Lageplan mit Leitungsbestand</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Gemäß den übergebenen Planunterlagen befinden sich Gasleitungen mit einem Betriebsdruck 0,1 bis 1 bar auf der Südseite der Nauener Straße mit den entsprechenden Grundstücksanschlüssen sowie auf der Westseite der Straße „Zur Waage“.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
			dung.
18.	OWA GmbH 19.12.2017	<p>Keine Einwände zum vorliegenden Bebauungsplan.</p> <p>Für die geplante Wohnbebauung nördlich der Nauener Straße können auf Antrag Trinkwasseranschlüsse hergestellt werden.</p> <p>Die Löschwasserversorgung ist gemäß DVGW- Arbeitsblatt W 405 zurzeit bis zu einer Höhe von 48 m³ / h für einen Zeitraum von zwei Stunden über Unterflurhydranten des öffentlichen Netzes gewährleistet.</p> <p>Anlage: Lageplan mit dem zur Verfügung stehenden Leitungsbestand</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Gemäß den übergebenen Planunterlagen befindet sich eine Trinkwasserleitung auf der Nordseite der Nauener Straße.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p>
19.	Zweckverband Kremmen 18.01.2018	<p>Grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der geplanten Bebauung bestehen aus Sicht des Zweckverbandes unter Beachtung der unten genannten Punkte nicht.</p> <p>In Kap. 2.4 der Begründung wird ausgeführt, dass die im Siedlungsgebiet Orion vorhandenen Schmutzwasserleitungen sich im Eigentum der Orion Agrar GmbH befinden. Das ist richtig.</p> <p>Dieses vorhandene private Entwässerungssystem leitet das anfallende Schmutzwasser in das Abwasserpumpwerk „Orion“ ein. Von dort erfolgt die Ableitung des Schmutzwassers über die Abwasserdruckleitung des Zweckverbandes zur Kläranlage.</p> <p>Mithin wäre die Schmutzwasserableitung aus dem genannten Plangebiet in tatsächlicher Hinsicht gewährleistet.</p> <p>Die leitungsgebundene (zentrale) Schmutzwasserbeseitigung ist jedoch in rechtlicher Hinsicht nicht gewährleistet.</p> <p>Die rechtliche Sicherung der Schmutzwasserbeseitigung für das Siedlungsgebiet Orion und somit für die Grundstücke im zukünftigen Geltungsbereich des o.a. Bebauungsplans hat durch den Abschluss eines Schmutzwasser-Einleitvertrages zwischen dem Eigentümer des privaten Entwässerungssystems und dem Zweckverband Kremmen zu erfolgen.</p> <p>Der Einleitvertrag ist vor dem Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes rechtsverbindlich zu unterzeichnen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird in Kap. 2.4 der Begründung aufgenommen.</p> <p>Redaktionelle Ergänzung der Begründung.</p>

Nr.	Behörde, Träger öffentl. Be- lange	Hinweise, Anregungen, Einwendungen	Erwiderung Abwägung/Beschlussempfehlung
		In den Hinweisen auf die Schmutzwasser- beseitigungssatzung müsste es richtig hei- ßen: „Schmutzwasserbeseitigungssatzung des Zweckverbandes Kremmen.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genom- men . Die entsprechenden Hinweise in der Begründung und auf der Planzeichnung werden korrigiert. Redaktionelle Änderung der Hinweise auf der Planzeichnung und in der Be- gründung.

Auswertung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durch öffentliche Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 62 „Orion – Nauener Straße Nord“ vom November 2017 im Zeitraum vom **26.01.2018** bis einschließlich **26.02.2018** im Rathaus der Stadt Kremmen.

Von Seiten der Öffentlichkeit wurden **keine Äußerungen** zur Planung abgegeben:

